

Stand: 02.02.2026 12:48:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/56

"Keine Unterbringung von Asylbewerbern in Senioren- und Pflegeheimen sowie Sporthallen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/56 vom 30.11.2023
2. Beschluss des Plenums 19/66 vom 30.11.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 5 vom 30.11.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Keine Unterbringung von Asylbewerbern in Senioren- und Pflegeheimen sowie Sporthallen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass Senioren- und Pflegeheime sowie Sporthallen nicht zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt bzw. umgewidmet werden dürfen. Vielmehr wird die Staatsregierung aufgefordert, die immer stärker zunehmenden illegalen Grenzübertritte nach Bayern zu verhindern und abgelehnte sowie straffällige Asylbewerber konsequent abzuschieben.

Begründung:

Seit einiger Zeit nehmen die illegalen Grenzübertritte nach Bayern und Deutschland enorm zu. Allein in Bayern gab es in den ersten 10 Monaten dieses Jahres 43 000 Asylanträge, also 96,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Weiteres habe es bis Oktober dieses Jahres bereits 41 140 mehr Unterbringungen als im gesamten Jahr 2022 gegeben und die Unterbringungszentren in Bayern seien zu 96,2 Prozent ausgelastet. Man erwarte bis Ende 2023 über 50 000 und deutschlandweit 380 000 Unterbringungen, erklärte der Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien Dr. Florian Herrmann am 14. November 2023 im Zuge einer Pressekonferenz. Hauptsächlich kommen die Asylbewerber aus Syrien, Afghanistan und der Türkei.

Die Kommunen schlagen schon seit geraumer Zeit Alarm und können diese Flut an Asylbewerbern nicht mehr stemmen, denn es gibt kaum noch Möglichkeiten zur Unterbringung. Es ergeben sich nicht nur aus finanzieller Sicht große Probleme sondern auch gesellschaftlich, da aus oben genannten Ländern hauptsächlich junge und gewaltbereite Männer einreisen, die in den meisten Fällen kein Recht auf Asyl haben.

Dass nun ausgerechnet wieder einmal Kinder und Jugendliche die Leittragenden einer völlig fehlgeleiteten Politik sein sollen, spricht Bände über den Stellenwert, den die Regierung unserem Nachwuchs zubilligt. Gerade in den letzten Jahren wurden Senioren- und Pflegeheime zu Sicherheitstrakten umgewandelt. Senioren, Kinder und Jugendliche wurden während der Coronazeit mit den restriktivsten und menschenverachtendsten Auflagen überzogen und nun sollen sie wieder zum Opfer einer Politik werden, die nicht willens ist, die deutschen Bürger vor Überfremdung und importierter Gewalt zu schützen.

Auch in Bayern ist es mittlerweile wieder der Fall, dass Senioren- und Pflegeheime sowie Sporthallen zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden. Ebenso werden Sport- und Turnhallen wieder zu Asylunterkünften umfunktioniert, weswegen wieder der für unsere Kinder und Jugendliche so wichtige Schul- und Freizeitsport ausfallen wird. Dieser Fehlentwicklung muss die Staatsregierung Einhalt gebieten und alle notwendigen Schritte unternehmen, um unsere Grenzen zu schützen und illegale Grenzübertritte unmöglich zu machen. Außerdem ist die Staatsregierung aufgefordert, illegale und kriminelle Asylbewerber auf schnellstem Wege abzuschieben zum Schutz unserer Bürger.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/56

Keine Unterbringung von Asylbewerbern in Senioren- und Pflegeheimen sowie Sporthallen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Karl Straub

Abg. Franz Schmid

Abg. Johannes Becher

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Kristan Freiherr von Waldenfels

Abg. Alexander Hold

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Ralf Stadler

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Migrationskrise endlich lösen! (Drs. 19/36)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Keine Unterbringung von Asylbewerbern in Senioren- und Pflegeheimen sowie Sporthallen (Drs. 19/56)

Ich bitte Sie, nach all der Aufregung um dieses neue technische Tool hier im Bayerischen Landtag wieder ein bisschen Ruhe einkehren zu lassen. Die meisten Abgeordneten haben bereits wieder Platz genommen. Herr Kollege Straub bittet aber sehr, sehr herzlich um Ihre Aufmerksamkeit. Dabei will ich ihn unterstützen. Deshalb noch einmal meine Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, die noch ein bisschen aufgeregt sind wegen des Geschehenen, jetzt mit uns zur Tagesordnung zurückzukehren. – Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Karl Straub das Wort.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Anfang noch eine kleine Bemerkung machen. Herr Präsident, mir hat noch nie jemand die Durchführung einer Abstimmung so gut erklärt wie Sie. Sie haben pädagogisches Talent.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich denke, jetzt kommen wir aber zu einem ernsten Thema. In den letzten Wochen bin ich sehr viel unterwegs gewesen. Dabei habe ich mitbekommen, was draußen wirklich Großartiges geleistet wird, um Flüchtlinge und Asylbewerber menschenwürdig und human unterzubringen. Ich glaube, deswegen ist es am Anfang meiner Rede angesagt, Danke zu sagen. Ich möchte Danke sagen allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die Großartiges leisten, die aber auch wollen, dass wir endlich zu einer Regelung kommen, weil auch sie maßlos überfordert sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf mich ganz herzlich bei den Mitarbeitern in den Behörden bedanken. Ich möchte ausdrücklich die Ausländerbehörden und das Innenministerium erwähnen. Die Ausländerbehörden haben momentan wirklich sehr stark zu kämpfen. Auch diese Leute haben unseren Dank verdient.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Last, but not least möchte ich mich bei allen Bürgermeistern und Landräten, bei allen Stadt- und Gemeinderäten bedanken, die täglich damit zu tun haben, Flüchtlinge unterzubringen und anzusiedeln. Sie müssen sich täglich Bürgerinitiativen stellen und haben momentan kein leichtes Leben. Deswegen gilt ein herzlicher Dank all jenen, die Kommunalverantwortung tragen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme gleich zur Ablehnung des Antrages der Altpartei der AfD. Im Antrag wird gefordert, dass die Unterbringung von Flüchtlingen nicht in Turnhallen oder Seniorenheimen stattfinden soll. Ich bin auch nicht für Turnhallen oder Seniorenheime, aber ich lehne es ab, dass sich der Landtag in diese schwierige kommunale Aufgabe der Unterbringung einmischt. Ich persönlich sehe eine Turnhalle auch als Ultima Ratio, aber das sollen die Zuständigen vor Ort entscheiden und nicht wir hier im Landtag und schon gar nicht die AfD.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe zu Beginn meiner Rede gefragt, ob es menschenwürdig und human ist, was wir machen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass diese Überforderung, die wir den Kommunen und Helfern momentan zumuten, nichts mehr mit Humanität zu tun hat. Diejenigen, die gegen Begrenzung sind, sind immer diejenigen, die Hilfe fordern. Ich stelle mir die ganz große Frage, ob wir hier noch irgendjemandem helfen. Helfen wir den Flüchtlingen noch? Helfen wir noch irgendjemandem damit, dass wir unsere Kommunen überfordern? Ich bin der tiefsten Überzeugung, dass wir nicht mehr helfen. Deswegen wollen alle eine Begrenzung dieser Situation.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte noch ganz kurz auf die Zahlen eingehen: Wir haben in Bayern in diesem Jahr bereits 40.000 Flüchtlinge aufgenommen. Das sind fast 100 % mehr als im letzten Jahr zur gleichen Zeit. Ich habe gestern eine Darstellung in den Medien gesehen – ich möchte jetzt überhaupt keine Medienschelte betreiben –, dort war die Rede von lediglich 300.000 gestellten Asylanträgen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir über eine Million Ukrainer aufgenommen haben.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Bundesweit!)

Rein diese Zahlen weisen darauf hin, dass die Zahlen von 2015/2016 weit übertroffen sind. Es ist nun Zeit, endlich eine Regelung im Sinne der Humanität zu finden.

(Beifall bei der CSU)

Die Situation – das brauche ich keinem sagen – gefährdet unseren sozialen Frieden. Ich appelliere insbesondere an die Oppositionsparteien, die in Berlin die Verantwortung tragen. Es ist teilweise so, dass durch diese Situation Menschen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, wieder Rassismus verspüren müssen. Um den sozialen Frieden im Land zu erhalten, müssen wir endlich die Regeln treffen, die im Übrigen die

CSU-Fraktion schon vor zehn Jahren vorgeschlagen hat. Wir waren immer für eine Flüchtlingspolitik – –

(Lachen bei der AfD)

– Da braucht die Altpartei überhaupt nicht zu lachen. Ich erinnere an den Innenminister Horst Seehofer, der die Obergrenze vorgeschlagen hat. Wir als CSU-Fraktion – das kann ich mit bestem Wissen und Gewissen sagen – haben immer die richtigen Lösungen gehabt.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der AfD)

Deswegen brauchen wir endlich Maßnahmen. Wir brauchen in Europa Maßnahmen. Wir brauchen vor allem im Bund Maßnahmen, um endlich eine Steuerung der Zuwanderung zu erreichen. Wir brauchen auch eine unverzügliche Umsetzung. Da gibt es kein Warten mehr. Die demokratischen Parteien müssen endlich an einem Strang ziehen, um diese Probleme zu lösen. Wir brauchen endlich die Rückführungsoffensive. Ich betone: Rückführen ist nicht einfach.

(Lachen und Unruhe bei der AfD)

Wir brauchen dieses Instrument, um Leute zur Ausreise zu bewegen. Es ist der viel angenehmere Weg für alle – für Flüchtlinge, die nach Hause müssen, und für uns –, wenn die Leute freiwillig ausreisen. Deswegen brauchen wir eine Rückführungsoffensive. Die FDP ist jetzt leider nicht mehr im Landtag, ich glaube auch aus diesem Grund.

(Unruhe bei der AfD)

Wir haben einen, der dafür verantwortlich sein soll. Wir brauchen ein Abkommen mit den Herkunftsländern. Mir ist noch keines bekannt. Wir brauchen das endlich, um wieder Ordnung herzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen eine rechtssichere Ausweitung der Zurückweisungsmöglichkeiten. Offensichtlich geht es ja zurückzuweisen. Es ist mir gesagt worden, dass die Bundespolizei im Moment zurückweist. Wir brauchen hierfür eine rechtssichere Möglichkeit. Wir brauchen hierfür einen Antrag bei der Europäischen Union. Es wäre verblendet zu sagen, wir können dieses Problem lösen, wenn wir die Leute, die unberechtigt zu uns wollen, nicht an der Grenze zurückweisen können.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen die Durchführung von Asylverfahren an der europäischen Außengrenze. Ich warne hier vor der Nutzung bestimmter Worte. Wir brauchen kein Ruanda-Modell. Die Opposition behauptet oft, dass Lager errichtet würden. Nein, wir brauchen ordentliche Einrichtungen an der europäischen Außengrenze. Dort müssen schnelle und sichere Asylverfahren durchgeführt werden, und in dieser Zeit müssen die Menschen dort human behandelt werden. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe bereits die sicheren Herkunftsstaaten angesprochen. Georgien ist mittlerweile ein sicherer Herkunftsstaat. Ich war in Bamberg und habe dort gesehen, was diese Einstufung auslöst. Die Georgier kommen nicht mehr, weil sie keine Bleibeperspektive haben. Liebe Oppositionsparteien, machen Sie bitte hier weiter, und üben Sie Druck in Berlin aus, damit wesentlich mehr passiert. Wir könnten sofort Algerien, Marokko, Tunesien, Indien und Armenien als sichere Herkunftsstaaten ausweisen. Das würde eine wahnsinnige Entlastung für unser Land bringen.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend möchte ich nur eines sagen: Mit jedem Tag mehr, an dem sich die Bundesregierung gegen diese Maßnahmen stemmt – wir fordern diese Maßnahmen schon seit zehn Jahren –, wird die Situation bei uns im Land schlimmer werden.

(Lachen bei der AfD)

Ich weise hierzu auf Wahlergebnisse in anderen Ländern hin. Deswegen müssen die demokratischen Parteien in dieser Sache unbedingt zusammenhalten. Es gibt genügend Themen, bei denen wir streiten können, aber bei dieser Sache müssen wir zusammenhalten und die Flüchtlingskrise lösen. Keiner will, dass die Altdenkenden von der AfD mehr werden.

(Zuruf von der AfD: Doch! – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Bei der nächsten Wahl!)

Wir alle wollen, dass sie wieder weniger werden. Das erreichen wir, indem wir die Migrationskrise lösen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Straub. – Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Schmid das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrte Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU kommt ungefähr acht Jahre zu spät.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben mittlerweile acht Jahre lang zugeschaut, wie unser Land mit Personen aus fremden Kulturkreisen, meist aus muslimischen Staaten, geflutet wurde, sie haben euphorisch Multikulti bejubelt und jeden, der sich dagegen wandte oder auch nur leise Kritik an der Überfremdung unseres Landes übte, als rechtsradikal und ausländerfeindlich beschimpft. Jetzt stellen sich CSU und FREIE WÄHLER als die großen Asylkritiker dar.

(Beifall bei der AfD)

Sie merken jetzt, dass sogar ihre eigenen Leute in den Kommunen die Schnauze voll haben von dieser zügellosen und unkontrollierten Massenzuwanderung aus Afrika und

dem Orient. Sie beschreiben, dass es auch um Ukrainer ginge. Jedoch sagte Florian Herrmann am 14. November klar, dass die meisten aus Syrien, Afghanistan und der Türkei kommen. Ich wiederhole auch gerne die Zahlen für Sie: Allein in Bayern gab es in den ersten zehn Monaten 2023 43.000 Asylanträge. Das sind 96,7 % mehr als im Vorjahr. Es gab heuer bis Oktober 41.140 mehr Unterbringungen als im gesamten letzten Jahr 2022. 96,2 % der Unterbringungszentren in Bayern sind ausgelastet. In Bayern werden bis Ende 2023 50.000 Unterbringungen erwartet, deutschlandweit 380.000.

Wo soll das noch hinführen? Ein Ende dieser Masseninvasion ist nicht in Sicht. Es kommen kaum Kriegsflüchtlinge, dafür junge, häufig kriminelle Männer aus islamischen Ländern zu uns, von denen viele nicht hier sind, weil sie arbeiten möchten, sich integrieren möchten oder gar unseren Fachkräftemangel beheben könnten – im Gegenteil: Viele kommen her, um von unseren Steuergeldern zu leben, die so großzügig an jeden, der den Fuß nach Deutschland setzt, verteilt werden,

(Johannes Becher (GRÜNE): Wie viel Prozent sind das?)

an Personen, die nie auch nur einen einzigen Tag etwas für unser Land geleistet haben, nichts dazu beigetragen haben, dass es uns besser geht, die laut Statistik überproportional häufig kriminell sind, die in großer Zahl vergewaltigen und morden. Ich will auch betonen, dass wir viele anständige und gut integrierte Ausländer hier in unserem Land haben. Aber zugleich müssen endlich kriminelle ausreisepflichtige Migranten konsequent abgeschoben werden, und die Massenmigration muss sofort gestoppt werden.

(Beifall bei der AfD)

Die sogenannten Pull-Faktoren für diese Massenmigration haben vor allem Sie von der CSU mit zu verantworten. Zwar hat die Ampel-Regierung das Tempo erhöht, um unser Land schneller mit kulturfremden Personen zu überschwemmen; aber es war doch Ihre Angela Merkel von der CDU, die 2015 den Rechtsbruch begann mit ihrem

"Wir schaffen das", die die ganze Welt nach Deutschland einlud und sich über die Dublin-Abkommen hinwegsetzte. Und heute? – Heute tun Sie von der CSU, aber auch Sie von den FREIEN WÄHLERN so, als wäre das alles nie in Ihrer Verantwortung gelegen.

Wir haben es von Beginn an gesagt. Wir haben vor Überfremdung und importierter Gewalt gewarnt. Jetzt ist es derart schlimm geworden, dass sogar Ihre Mandatsträger in den Kommunen Alarm schlagen. Welches Menschenbild Sie und die anderen Altparteien haben, zeigt sich daran, dass nun ausgerechnet wieder unsere Senioren und Kinder Opfer Ihrer verfehlten Verteilpolitik werden sollen. Waren zu Corona-Zeiten Senioren- und Pflegeheime noch so etwas wie Hochsicherheitstrakte, sollen nun Asylbewerber dort untergebracht werden. In der Corona-Zeit wurden Kinder noch als todbringende Virenschleudern bezeichnet.

(Johannes Becher (GRÜNE): Von wem? Von welchem Politiker sind die so bezeichnet worden? Das ist eine Falschbehauptung! Frei erfunden!)

Sie durften nicht mal mehr auf den Spielplätzen spielen oder zum Turnunterricht gehen. Nun sollen Sport- und Turnhallen zur Unterbringung von Asylbewerbern umfunktioniert werden. Wieder soll also der für unsere Kinder und Jugendlichen so wichtige Schul- und Freizeitsport gestrichen werden. Vielleicht sollten Sie mal weniger im Landtag sein und mehr bei den Leuten draußen. Dann wüssten Sie, dass das bei uns ein großes Problem ist.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Sie behaupten Sachen, die nicht stimmen! Also beweisen Sie das!)

Immer auf die Schwächsten der Gesellschaft, mit denen kann man es ja machen. So denken Sie doch, oder? Aber jetzt ist es genug! Tun Sie endlich etwas, anstatt die gesamte Verantwortung wie so oft nach Berlin abzuschieben! Suchen Sie nicht nach Unterbringungsmöglichkeiten, schon gar nicht in Senioren- und Pflegeheimen oder Sport-

hallen! Das Stichwort lautet "Remigration", konsequente Abschiebung nicht berechtigter und krimineller Asylbewerber, und zwar schnell.

(Beifall bei der AfD)

Das haben Sie von der Staatsregierung jetzt in der Hand! – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Herr Schmid, bitte kommen Sie zurück ans Mikrofon. Herr Abgeordneter Schmid, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Bitte kommen Sie zurück ans Mikrofon. – Die Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie haben hier behauptet, Politiker hätten gesagt, Kinder sind todbringende Virenschleudern. Da würde mich interessieren: Welcher Politiker hat das behauptet? War dieser Politiker Teil dieser Staatsregierung oder dieses Parlaments? Da Sie das hier als Fakt darstellen, werden Sie ja wissen, wer das gesagt hat. Das würde mich zum Ersten interessieren, weil ich glaube, dass das gar nicht stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Zweitens würde mich etwas zu Remigration interessieren. Sie haben gesagt, woher die Leute kommen. Wie halten Sie es denn? Wollen Sie denn mit den Taliban einen Deal machen und Leute nach Afghanistan abschieben? Wollen Sie sie zu dem Kriegsverbrecher Assad nach Syrien abschieben? Was ist denn die Position der AfD zur Remigration? Wie wollen Sie es denn in der Praxis machen? Das Einzige, was ich von Ihnen höre, sind Parolen, und sonst gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Franz Schmid (AfD): Danke für die Zwischenbemerkung. Ich antworte eigentlich nur demokratischen Fraktionen. Da gehören Sie nicht dazu!

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Du Feigling! So ein Feigling! – Johannes Becher (GRÜNE): Das ist die schlechteste Antwort, die ich hier seit Langem gehört habe! Ja, "bravo"! – Michael Hofmann (CSU): Das ist der allergrößte Hammer! Ja Wahnsinn! – Johannes Becher (GRÜNE): Da habt ihr einen "ganz Guten"! – Weitere Zurufe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegen Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Nur ein Satz zu meinem Vorredner: Die Frage vom Kollegen Becher hat Sie einfach überfordert, weil Sie keinen Sprechzettel dabei hatten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Widerspruch bei der AfD)

Kolleginnen und Kollegen, über den Dringlichkeitsantrag habe ich mich ehrlich gesagt etwas gewundert, weil die Themen, die Sie in diesem Dringlichkeitsantrag aufgreifen, genau die Themen sind, die gerade auf der Bundesebene diskutiert werden. Wer unseren GRÜNEN-Parteitag gesehen hat, hat auch gesehen, wie schwierig die Debatte war, neben der Aufrechterhaltung des Prinzips der Humanität, die weiterhin ein wichtiger Bestandteil sein muss, gleichzeitig darüber nachzudenken, wie wir eine bessere Steuerung hinbekommen können.

Oder auch die Bezahlkarte. Dazu hat es eine Ministerpräsidentenkonferenz gegeben. Meines Wissens war auch der Herr Söder dabei. Es gab eine Innenministerkonferenz, wo Joachim Herrmann als Innenminister dabei war.

Daher: Heute mit einem Antrag zu kommen mit Themen, deren Diskussion überhaupt nicht notwendig ist, ist einfach nicht nachvollziehbar. Da brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn andere dafür auf die Bühne treten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hätte mir eher einen Antrag gewünscht, in dem Sie aufzeigen: Was ist unsere bayerische Verantwortung in dem ganzen Geschehen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen bald in die "staade Zeit". Das ist die Vorweihnachtszeit. Ich habe einen dringenden Wunsch: Ich will in dieser Legislatur über landespolitische Themen reden und über Lösungen, die wir als Land Bayern anbieten können. Wenn die Staatsregierung der Meinung ist, dass sie überhaupt keine Kompetenz bei dem hat, was in Berlin liegt, dann geben Sie das auch offen zu! Dann können wir dementsprechend darüber debattieren.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Aber Sie kommen mit einem Dringlichkeitsantrag, in dem überhaupt nicht drinsteht, was in Landesverantwortung liegt. Ich rede auch mit Bürgermeistern. Ich bin immer im Austausch mit Helferinnen und Helfern. Die sagen mir: Ich brauche Sprachkurse. Ich will, dass die Leute arbeiten. Die Bürgerinnen und Bürger draußen verstehen nicht, warum die Menschen nicht arbeiten dürfen und vom Asylbewerberleistungsgesetz abhängig sind. Sie sollen selber für ihren Unterhalt sorgen. Das sagen uns die Helferinnen und Helfer. Die Bürgermeister sagen: Ich brauche Betreuung für die Unterkünfte. Ich habe dafür kein Geld. – Das sagen sie.

Dazu finde ich aber nichts in Ihrem Antrag. Wo ist denn die landespolitische Verantwortung? Was ist Ihre Antwort? Das möchte ich gerne hören. Diese Forderungen haben wir auch gestellt. Wir wollen, dass auch die Landesregierung in Sprachkurse investiert, dass sie die Arbeitsverbote endlich lockert, dass sie den Menschen die Mög-

lichkeit gibt, hier für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen, und es dadurch die Möglichkeit gibt, aus der Unterkunft auszuziehen.

Heute habe ich gehört: eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer. Es ist wichtig zu sagen: eine Million in der Bundesrepublik Deutschland. Wir in Bayern haben 150.000 Menschen aus der Ukraine. Wohin wollen Sie die rückführen? Wir haben Menschen aus Syrien. Wohin wollen Sie die schicken? Wir haben Menschen aus Afghanistan. Wohin wollen Sie die denn zurückführen? Tun Sie also bitte nicht so, als wäre das ein Problem, auf das es einfache Antworten gibt. Sie haben es gemerkt: Wer davon profitiert, ist das Original rechts außen hier. Tun Sie daher nicht so, als wäre das ein leicht lösbares Thema. Wir müssen es ernst nehmen. Wir müssen uns damit befassen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, was die Integrationsleistungen sein müssen, die wir auch landespolitisch zu verantworten haben. Wir dürfen nicht nur über Rückführungen sprechen. Ich hoffe, dass wir darüber auch eine sachgerechte inhaltliche Debatte führen können.

Ganz zum Schluss will ich zum Geld vom Bund noch Folgendes sagen. Die Bayerische Staatsregierung hat 79 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt für die Geflüchteten abgerufen, die sie an die Kommunen weitergeben sollte. Bisher sind 30 Millionen an die Kommunen weitergegeben worden.

(Michael Hofmann (CSU): Wir haben alles bezahlt! Hören Sie auf mit diesem Märchen!)

Daher frage ich Sie: Was ist mit den anderen Millionen? Kommen Sie bitte hier auch einmal mit eigenen Konzepten, und zeigen Sie nicht mit dem Finger auf Berlin.

(Michael Hofmann (CSU): Wir übernehmen alle Kosten!)

Damit zeigen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, dass Sie ihre Sorgen nicht ernst nehmen. Das sollten wir nicht vergessen. In diesem Sinne: einen schönen Tag!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Wir zahlen ausnahmslos!
Hören Sie auf mit diesem Märchen!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Demirel, kommen Sie bitte noch einmal zurück. – Es liegt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Prof. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion vor.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Kollegin, Sie haben sich darüber gewundert, dass wir diesen Antrag stellen. Der Antrag ist sachlich. Ich frage Sie: Wie lange wollen Sie auf Bundesebene noch diskutieren, bevor Sie die Probleme wirklich lösen? Die Lösung liegt bei der Bundesebene, die Belastung liegt aber bei den Kommunen und dem Land. Deshalb ist es richtig, dass wir diese Probleme hier thematisieren, solange nur diskutiert und keine Lösung gefunden wird. Der unterschwellige Vorwurf, eine solche Thematisierung würde den Rechtsextremen helfen, ist einfach perfide. Wenn sich die demokratischen Parteien diesen Themen nicht zuwenden, werden wir die Probleme in einem halben oder ganzen Jahr nicht mehr lösen, und damit spalten wir die Gesellschaft. Sie müssen auf Bundesebene jetzt Bewegung in die Sache bringen und die Probleme schnell lösen. Es geht nicht um die Diskussion, sondern um die Lösung.

(Beifall bei der CSU)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Kollege Bausback, vielen Dank für die Frage; denn das gibt mir die Möglichkeit, noch einmal auszuführen. Sie wissen ganz genau, dass Außenministerin Annalena Baerbock einen ganz klaren Auftrag auf der Bundesebene hat. Sie muss innerhalb der EU Verhandlungen führen. Dafür sind auch andere europäische Länder verantwortlich. Sie waren 16 Jahre an der Bundesregierung beteiligt und wissen, wie die Abläufe sind.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Die Zahlen waren damals andere!)

Was will ich damit sagen? Sie suggerieren mit diesem Antrag, dass es eine schnelle Lösung geben könnte, die Politik in Berlin aber – –

(Petra Guttenberger (CSU): Sie lehnen andere Lösungen ab!)

– Jetzt hören Sie mir einmal zu. Jetzt bin ich gerade dran. – Die Politik in Berlin habe kein Interesse daran, suggerieren Sie.

(Widerspruch bei der CSU)

Das mache ich Ihnen zum Vorwurf.

Auch noch sagen will ich, dass Ihr Antrag nicht sachlich ist. Es fängt damit an, dass Sie sagen, in unserem Land lebe eine Million Ukrainer:innen. Sie sagen nicht, in Deutschland sei eine Million Ukrainer:innen. Sprache ist wichtig. Daher ist es auch wichtig, dass Sie den Bürgern draußen sagen, dass die meisten Geflüchteten aus Kriegsländern sind. 150.000 Menschen aus der Ukraine halten sich in Bayern auf, weitere Menschen aus Syrien und aus Afghanistan und in den letzten Monaten auch aus der Türkei.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Demirel, Ihre Redezeit!

Gülseren Demirel (GRÜNE): Die Politik von Herrn Erdoğan muss ich Ihnen hier nicht beschreiben. Sorry! Ich will eine Versachlichung der Debatte und nicht einen Rechtsruck.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das ist etwas ganz Neues!

– Martin Wagle (CSU): Wir brauchen Lösungen!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Demirel. – Noch einmal für alle neu gewählten Abgeordneten: Die Regelung ist, dass Sie Ihre Zwischenbemerkungen während der Hauptrede anmelden müssen. Während der Zwischenbemerkung können Sie keine weiteren Zwischenbemerkungen mehr anmelden. So ist die

Verabredung der Fraktionen über die Geschäftsordnung. – Jetzt hat Herr Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Zuerst möchte ich dem Kollegen Straub für sein neues Amt alles Gute und ein glückliches Händchen wünschen. Alles Gute, lieber Karl! Das Angebot der Zusammenarbeit darf ich nur zurückgeben. Ich hoffe, dass die demokratischen Fraktionen im Bayerischen Landtag tatsächlich bei den Themen Migration und Integration besser als in den letzten Jahren zusammenarbeiten. Das ausdrückliche Angebot einer guten Zusammenarbeit darf ich für die SPD-Fraktion gleich zurückgeben.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Alexander Hold (FREIE WÄHLER))

Ich möchte mich auch anschließen an den Dank an unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst in unseren Behörden, die tatsächlich Hervorragendes leisten. Ich möchte daran erinnern, dass zurzeit Tarifverhandlungen laufen. Ich glaube, die Forderungen nach 10,5 % – das ist meine ganz persönliche Sicht – sind auch sehr berechtigt, weil die Beschäftigten in den Behörden, bei der Polizei, in den Schulen und in allen anderen Verwaltungen in den letzten Jahren tatsächlich Hervorragendes geleistet haben. Herzlichen Dank an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und insbesondere auch an die Beschäftigten bei den Wohlfahrtsverbänden!

(Beifall bei der SPD)

Die Konferenz des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am 6. November hat sich ausführlich mit dem Thema Migration befasst und einige wegweisende Beschlüsse auf den Weg gebracht. Der Vollständigkeit halber muss man sagen, dass auch der Bayerische Ministerpräsident ihnen zugestimmt hat, um sie anschließend bei der Presse gleich wieder zu kritisieren. Wir kennen aber die Flexibilität von Ministerpräsident Markus Söder.

Hier einige Ergebnisse der Konferenz. Kollege Straub hat beispielsweise die sicheren Herkunftsstaaten schon erwähnt. Ich möchte noch einige weitere Ergebnisse dieser Konferenz nennen. In einem atmenden System wird die vereinbarte feste Flüchtlingspauschale ab dem nächsten Jahr zu einer Pro-Kopf- Pauschale weiterentwickelt. Der Bund unterstützt die Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten durch eine Fortsetzung der mietfreien Überlassung von Bundesliegenschaften. Zur Beschleunigung des Wohnungsbaus auf angespannten Wohnungsmärkten wird im Baurecht eine Sonderregelung geschaffen.

Der Bund wird im kommenden Jahr die Länder mit rund 3,5 Milliarden Euro entlasten. Auch die Digitalisierung der Ausländerbehörden wird weiter ausgebaut, um Asylverfahren zu beschleunigen. Der Anhörungstermin im Asylverfahren wird spätestens vier Wochen nach Antragstellung durchgeführt werden. Außerdem werden Personen ohne Bleiberecht schnell in ihre Heimatländer zurückgeführt. Der von der Bundesregierung Ende Oktober beschlossene Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rückführungen enthält auch Regelungen, die die Ausweisung von Schleusern und anderen Personen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität erleichtern.

Eine bundeseinheitliche Bezahlkarte wird eingeführt. Das konnten die Länder übrigens bisher auch selbstständig machen. Das bayerische Kabinett hat das bereits im Juli 2018 beschlossen.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

Auch wenn ich kein Freund der Bezahlkarte oder von Sachleistungen bin, muss ich doch sagen: Sie hätten es schon längst einführen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Gespräche mit den sicheren Herkunftsstaaten werden intensiv vorangetrieben und zeitnah abgeschlossen, um Rückführungen von Personen ohne Bleiberecht schnell

durchführen zu können. Bundeskanzler Olaf Scholz hat dazu unter anderem verschiedene afrikanische Länder besucht. Hier sieht man deutlich den Unterschied zwischen Handwerkern und Mundwerkern.

(Beifall bei der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Weder das eine noch das andere sieht man!)

Während der Klempner anpackt, schreiben die anderen nur Anträge und motzen.

(Beifall bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Bravo!)

Bayern muss seine Integrationsangebote verstärken. Ohne Lehrkräfte keine Deutschkurse, ohne Deutschkurse keine Sprachkenntnisse und ohne Sprachkenntnisse keine gelingende Integration. Das gilt vor allem für die Kindertagesstätten und Schulen.

Deshalb sollten Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die den Dringlichkeitsantrag eingereicht haben, sich an die eigene Nase fassen. Einen Dringlichkeitsantrag, mit dem Sie sich selbst auffordern, etwas zu tun, lehnen wir ab. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Taşdelen, es liegt eine Zwischenbemerkung vor, und zwar von Herrn Kollegen Kristan Freiherr von Waldenfels von der CSU-Fraktion.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Herr Kollege Taşdelen, Sie haben sich bei den Helferinnen und Helfern bedankt. Damit meinen Sie, wenn Sie von Bürgermeistern sprechen, unter anderem mich. Ich bin einer derjenigen, die gerade in diesen Tagen viel koordinieren müssen; denn es geht um die Frage, wie wir es schaffen, dass wir auch Flüchtlingskinder trotz der Wetterverhältnisse in den Hort bekommen, damit sie ihn besuchen können.

Ich möchte Ihnen sagen, wie die Situation bei uns tatsächlich ist und wie nicht nur ich sie wahrnehme. Das sage ich auch vor dem Hintergrund dessen, dass Sie meinen, wir seien alle untätig. Sie sehen hier viele Kolleginnen und Kollegen, die auch kommunalpolitische Verantwortung tragen.

Die von Ihnen angesprochenen Beschlüsse haben bei Weitem nicht die Tragweite, dass wir vor Ort, die wir die Belastungsgrenze seit Langem spüren, sagen könnten, damit komme es tatsächlich zu einer Veränderung der Migrationspolitik; wir können eine solche jedenfalls nicht wahrnehmen.

Aus meiner Praxis möchte ich unterstreichen: Bitte nehmen Sie diese Punkte mit! Tragen Sie sie in Ihre Partei, auch an die Parteispitze! All die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus. Wenn wir nicht zu einer fundamentalen Begrenzung kommen, sind alle weiteren Maßnahmen nichtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Arif Taşdelen (SPD): Wir sind mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag natürlich im ständigen Austausch und kennen die Probleme, auch die Probleme vor Ort. Ich war lange Jahre Mitglied des Nürnberger Stadtrats. Wir haben auch in den Reihen unserer Partei viele Bürgermeister oder ehemalige Bürgermeister. Wir kennen die Problematik tatsächlich.

(Zuruf von der CSU)

– Das gibt es bei der SPD öfter, als Sie denken. – Wir kennen die Problematik. Ich bin mir sicher, dass die auf der Bundesebene gefassten Beschlüsse tatsächlich eine merkliche Entlastung bringen werden.

Natürlich müssen wir weiterhin im Austausch bleiben. Fakt ist aber, dass wir mit diesem Dringlichkeitsantrag, in dem die beiden regierungstragenden Fraktionen die Staatsregierung auffordern, etwas zu tun, nichts verändern können.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen.

– Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Alexander Hold.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss auf den Vorfall von soeben zurückkommen. Es ist schon spannend: Die Fraktion ganz rechts außen, die dem gesamten übrigen Haus an jeder Hausecke unterstellt, wir würden ihr demokratische Rechte verweigern, stellt sich hierhin und sagt, sie werde allen Mitgliedern einer anderen Fraktion keine Fragen beantworten, weil sie letzten Endes deren demokratische Basis infrage stellt. Das ist für mich ein unerhörter Vorgang.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Wie würden Sie denn reagieren, wenn jemand anders aus diesem Haus oder jemand von der Staatsregierung sagen würde: Fragen der AfD-Fraktion beantworten wir überhaupt nicht mehr, weil sie nicht auf dem Boden unserer Verfassung steht? – Dann möchte ich Sie einmal hören.

(Martin Böhm (AfD): Das hören wir ständig!)

Sie wollen an der Aufsicht über den Verfassungsschutz beteiligt werden, den – und damit die ganze Verfassung – Sie zugleich infrage stellen? Bei Ihnen kann man nicht mehr von mangelndem Demokratieverständnis reden, sondern man muss von Demokratieverachtung reden, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Kommen Sie mir bitte kein einziges Mal mehr mit dem Vorwurf der Missachtung demokratischer Rechte in diesem Haus, meine Damen und Herren von der AfD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt zum Thema. Wir dürfen Migration natürlich nicht auf Flucht und Asyl reduzieren. Man muss ganz klar sagen: Dazu gehören untrennbar auch Integration und Fachkräftemigration. In all diesen Bereichen leistet Bayern sehr viel, leisten vor allem die Menschen in Bayern sehr viel. Natürlich beschäftigen uns im Moment am meisten die aktuellen Flüchtlingszahlen. Diese sind tatsächlich alarmierend.

Zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer und Mitarbeiter aller Behörden – bis hin zu Bürgermeister und Landräten – leisten bei der Unterbringung und der Versorgung von Geflüchteten wirklich Großartiges, übrigens auch bei der Integration, und das seit vielen Jahren. Ich erwähne an dieser Stelle die Helferkreise und die Schulfamilie. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wir haben es auch dank der hervorragenden Arbeit des Kultusministeriums und der gesamten Schulfamilie geschafft, über 30.000 Kinder aus der Ukraine innerhalb von Wochen in unser Schulsystem zu integrieren und sie zu fördern. Auch dafür noch einmal ein ganz herzlicher Dank!

Aus diesen Kreisen und von allen, die sich tatsächlich engagieren, mehren sich aber die Hilferufe an die Politik. Es sind schlicht und einfach alle überlastet. Als Reflex wird relativ schnell gesagt: Wir müssen rückführen.

Ja, das ist schon wichtig. Aber wer nichts anderes in der Tasche hat, sondern sich darauf beschränkt, und wer nur drei A – A – A zu bieten hat, wie es heute Vormittag zu hören war, der zeigt, dass er eindimensional agiert, wenn nicht gar agitiert. Migration berührt nämlich fünf Themenkomplexe: Fachkräfteeinwanderung, Begrenzung der illegalen Zuwanderung, Organisation einer menschenwürdigen Unterbringung, Beendigung des Aufenthalts von Personen ohne Bleibeperspektive, Integration der Bleibenden.

Ich beginne mit der sinnvollen Steuerung. Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung ist im Sinne unserer Wirtschaft und unserer gesamten Gesellschaft. Wir brauchen endlich beschleunigte Visaverfahren. Wir brauchen endlich digitale Verfahren. Manch wertvolle Pflegekraft arbeitet längst in Kanada, ehe sie in der Deutschen Botschaft überhaupt einen Termin bekommt. Der sprichwörtliche indische IT-Manager hat längst seine Aufenthaltsgenehmigung für die USA, bevor er überhaupt weiß, welche Formulare er für Deutschland letzten Endes braucht. Insoweit sind wir, international gesehen, ganz schlecht aufgestellt.

Mancher wird jetzt sagen, das sei doch momentan nicht unser Problem. Doch, das ist Teil des Problems, weil nämlich eine funktionierende Fachkräfteeinwanderung auch ein wirkungsvolles Instrument ist, wenn es um den zweiten Punkt geht, die Begrenzung bzw. Reduzierung der illegalen Zuwanderung. Eine geordnete Zuzugsmöglichkeit schafft Hoffnung und verringert den Anreiz zu illegaler Migration. Momentan kommt ein Großteil der Menschen über die Türkei zu uns. Darunter sind sehr, sehr viele, die hier schlicht und einfach Arbeit haben wollen. Diese Menschen könnten wir zum großen Teil brauchen – aber nicht, wenn sie illegal zu uns kommen. Wenn die Bundesregierung insoweit endlich schneller werden und das Auswärtige Amt die Visaverfahren beschleunigen würde, dann würde schon dadurch Druck aus dem Kessel genommen.

Natürlich brauchen wir einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen. Grenzverfahren, die nur wenige Tage dauern, müssen der Regelfall sein, insbesondere bei Ländern, für die die Anerkennungsquote niedrig ist. Wir brauchen beschleunigte Asylverfahren.

Ich bräuchte noch Redezeit, aber diese bekomme ich durch eine Zwischenbemerkung.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: So ist es. Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Die Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordneten Prof. Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hold, ich weiß nicht, ob Sie mich hören können.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Jetzt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Mikrofon ist an.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hold, verehrter Herr Vizepräsident, Sie haben hier zwar als Redner zu einem Thema gesprochen. Dennoch: Sie sind Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Sie persönlich haben hier im Landtag den Anspruch, den über eine Million bayerische Wähler formuliert haben, nämlich auch einen Vizepräsidenten von der AfD zu wählen, nicht erfüllt.

(Unruhe bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sie haben hier nicht einen Ausschussvorsitzenden der AfD gewählt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Weil ihr Verfassungsfeinde seid!)

Sie haben sich nicht an diese demokratischen Gepflogenheiten gehalten. Sie haben auch nicht die Parlamentarische Kontrollkommission mit einem Vertreter der AfD ausgestattet. Ich erwarte mir von einem Vizepräsidenten zumindest eine gewisse Neutralität und Objektivität. Diese haben Sie durch Ihre Bemerkung von soeben nicht gezeigt.

Als der gleiche Kommentar, der vorhin aus unserer Fraktion kam, x-mal von den GRÜNEN kam, haben Sie sich nicht ein einziges Mal mokiert. Nicht ein einziges Mal! Wenn er von dieser Seite hier kommt, dann versuchen Sie, das auszuschlachten. Ich finde das schade. Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Neutralität der anderen Vizepräsidenten. Diese Neutralität sehe ich hier durchaus; dort oben sitzt gerade ein gutes Beispiel.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ja, das nehme ich gern zur Kenntnis.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das war Zufall, Herr Prof. Hahn.
Und: Bitte kein Lob!

(Heiterkeit bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Auch keine Kritik an der Sitzungsleitung! – Herr Hold hat das Wort. Bitte schön.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, für das Lob, das ich Ihnen gern aussprechen würde, reicht meine Redezeit von einer Minute nicht. – Trotz gewisser Bedenken, was die Verfassungstreue Ihrer Fraktion betrifft, Herr Prof. Hahn, werde ich Ihnen selbstverständlich auf Ihre Frage antworten; das muss man inzwischen dazusagen.

Ich halte es schon für meine Aufgabe als Vizepräsident – gerade als Vizepräsident –, für unsere Verfassung einzutreten. Ich halte das für ein ganz gewichtiges Recht. Ich verstehe es sogar als Pflicht, dass dann, wenn wir hier diskutieren, niemand dem anderen die Antwort verweigert mit dem Hinweis: Ich halte dich nicht für verfassungstreu. Ich halte dich nicht für demokratisch. – Ich beantworte auch Ihre Fragen. Es wird sicherlich im ganzen Haus Usus bleiben, dass wir Ihre Fragen, egal wie weit weg sie von unserer Lebenswirklichkeit sind, auch zukünftig beantworten werden. Das ist doch gar keine Frage.

Genau das habe ich Ihnen gesagt: Wer das nicht mehr tun will, nämlich mit den anderen in den Diskurs zu treten, der hat sich von der Demokratie so weit entfernt, dass es eigentlich eine Schande für dieses Haus ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir gewünscht, dass wir nach den verschiedensten Treffen mit dem Bundeskanzler zum Thema Migration, zuletzt am 6. November, wirklich weiter wären; denn Städte und Kommunen sind an ihren Belastungsgrenzen. Aber die Bundesregierung zögert, sie zaudert, sie ist sich uneins, sie ist sich ihrer Verantwortung noch immer nicht bewusst. Das zeigt auch die Rebellion der grünen Parteijugend vom Wochenende einmal mehr.

Fakt ist: Die Zugänge im Asylbereich reißen nicht ab und liegen deutlich über dem Niveau der Vorjahre. Bereits bis Ende Oktober sind mehr als 42.000 Asylbewerberinnen und -bewerber nach Bayern gekommen. Das ist mehr als im ganzen Jahr 2022. Wir werden also am Ende des Jahres auf jeden Fall wieder deutlich über den Zahlen des Vorjahres liegen.

Die bayerischen Asylbewerberunterkünfte sind bei einer Gesamtkapazität von inzwischen rund 134.000 Plätzen zu fast 95 % ausgelastet. Nur durch das kontinuierliche und konsequente Bemühen um neue Unterkünfte durch die Regierungen und Kreisverwaltungsbehörden konnten bislang die Engpässe immer wieder einigermaßen gemeistert werden.

Die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ist Teil dieser Herausforderungen. Aktuell sind über 157.000 Menschen aus der Ukraine im Ausländerzentralregister für Bayern erfasst. Davon haben rund 47.000 einen staatlichen Unterbringungsbedarf. Das verstärkt natürlich den Engpass in der Unterbringung von Asylbewerbern.

Diese Zahlen zeigen deutlich: Die Bundesregierung muss nun endlich handeln. Wir brauchen eine grundlegende Wende in der Migrationspolitik. Wir brauchen dringend Asylverfahren an den EU-Außengrenzen. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung innerhalb Europas. Wir brauchen die Möglichkeit, an der deutschen Grenze jene rechts-

sicher zurückzuweisen, die bei uns keinen Anspruch auf Schutz haben, und wir brauchen gleiche Flüchtlingsstandards in ganz Europa. Das macht die Koalition mit diesem Antrag heute deutlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ja, wir brauchen Migrationsabkommen mit wichtigen Herkunftsstaaten, damit die Rückführung erfolgreich ist. Das steht in der Tat im Koalitionsvertrag von vor zwei Jahren.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das stand 16 Jahre lang drin!)

Es ist schön, dass der Bundeskanzler jetzt sagt, Gespräche hierzu zukünftig auf höchster Ebene führen zu wollen. Leider ist es nur so, dass das offensichtlich zwei Jahre lang nur auf dem Papier stand und eben so gut wie nichts passiert ist. Das ist das Problem.

Ebenso unverständlich ist, dass sich die Mehrheit in der Ampelkoalition nach wie vor weigert, Armenien, Indien und die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen. Darüber war sich der Bundestag schon vor Jahren einig. Es scheitert an den GRÜNEN. Die GRÜNEN legen sich quer, und deshalb darf die Mehrheit in Berlin nicht beschließen, was eigentlich vernünftig wäre.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Auch bei der von der Bundesregierung angekündigten Rückführungsoffensive zeigen sich klare Defizite. Zwar liegt nun endlich ein Gesetzentwurf für ein sogenanntes Rückführungsverbesserungsgesetz vor, jedoch greift dieser zu kurz. Die Vorschläge in dem Gesetz sind zu klein, und angesichts der Größe der Herausforderungen helfen sie nicht wirklich weiter.

Die Staatsregierung wird deshalb natürlich mit konsequenten eigenen Konzepten und konsequenten Forderungen an den Bund auch den Druck auf die Bundesregierung aufrechterhalten. Die Bundesinnenministerin wird sich beispielsweise schon nächste Woche bei der Innenministerkonferenz ihrer Verantwortung stellen müssen.

Bis hier aber endlich etwas geschieht, wollen wir natürlich alles in unserer Macht Stehende auf Länderebene tun, um weiterzukommen. Bis zum 31. Oktober konnten in diesem Jahr insgesamt immerhin schon über 1.900 Rückführungen durchgeführt werden. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Auch die Zahl der freiwilligen Ausreisen aus Bayern ist beachtlich. Es sind über 9.700 bis Ende Oktober. Das sind in der Summe immerhin schon über 11.600, die in diesem Jahr wieder zum Verlassen Bayerns veranlasst worden sind. Ich bin sicher, dass wir bis Ende des Jahres wenigstens das Ziel von 13.000 erreichen. Das ist schon eine ganze Menge, aber unser klares Ziel ist, dass es in das nächste Jahr hinein noch mehr werden müssen.

Der Maßstab des Freistaats ist dabei klar: Humanität und Ordnung. Das heißt, dass wir allen Menschen, die hier bei uns Schutz suchen, ein würdiges Leben ermöglichen. Klar ist: Diejenigen, die hier auf Dauer ein Aufenthaltsrecht bekommen, wollen wir auch bestmöglich integrieren. Klar ist aber eben auch, dass unsere Aufnahmefähigkeiten und unsere Mittel endlich sind. Daher ist es erforderlich, Maßnahmen gegen die irreguläre Migration zu ergreifen.

Deshalb ist dem vorliegenden Antrag natürlich zuzustimmen. Es ist völlig richtig, die Höhe der zur Verfügung stehenden Geldmittel zu senken. Wo Sachleistungen nicht möglich oder sinnvoll sind, muss daher eine Bezahlkarte eingesetzt werden. Bayern geht hier konsequent voran. Dadurch sollen die Pullfaktoren, nach Deutschland zu kommen, entsprechend sinken. Wir bekämpfen Schleuserkriminalität konsequenter, indem auch Zahlungen an die Schleuser erschwert werden.

Darüber hinaus müssen wir uns aber auch mit der Höhe dieser Sozialleistungen beschäftigen. Ich sage klipp und klar: Wenn jemand rechtskräftig abgelehnt worden ist,

einen Bescheid vom BAMF hat und ein Urteil des Verwaltungsgerichts, dass er kein Aufenthaltsrecht in unserem Land hat, ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, wieso so jemand immer noch in voller Höhe diese Sozialleistungen erhält. Er hat den schriftlichen Bescheid, dass er dieses Land zu verlassen hat. Dann müssen auch die Leistungen ein Stück weit gekürzt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen eine Begrenzung der irregulären Migration. Die Asylbewerberzahlen in Deutschland müssen wieder deutlich sinken. Deshalb danke ich ausdrücklich den Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER für den vorliegenden Antrag, der den Sorgen und Ängsten vieler Menschen in unserem Land gerecht wird und Lösungen anbietet. Ich bitte das gesamte Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Stadler, AfD-Fraktion, vor.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Minister Herrmann, Sie waren ja erst vor Kurzem in Rabenstein bei Regen, wo ein Vier-Sterne-Hotel für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden sollte. Sie haben das gewusst. Die Bevölkerung hat sich massiv dagegen gewehrt. Sie waren dort, wollten schlichten. Sie haben die Frist für das Genehmigungsverfahren verlängert. Diese Frist läuft am 6. Dezember, in sieben Tagen, aus. Was ist da Ihr aktueller Beitrag zur Bewältigung und Bekämpfung der Migrationskrise?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich kann den Zusammenhang dieses Vorgangs, um den ich mich in der Tat gerne persönlich gekümmert habe, mit der heutigen Debatte nicht so unmittelbar erkennen. Der Sachverhalt ist ja völlig klar. Der Hintergrund ist, dass dort ein Hotelier aus persönlichen Gründen, auf die ich jetzt hier in der Öffentlichkeit nicht näher eingehen will – das hängt mit der familiären Situation, Krankheitsbelastung von Familienangehörigen usw. zusam-

men –, von sich aus beschlossen hat, sein Hotel nicht weiter zu betreiben. Er hat es zur Veräußerung ausgeschrieben.

Auf diese Situation sind dann die Behörden aufmerksam geworden und haben deshalb überprüft, ob dieses Hotel zur Unterbringung von Flüchtlingen geeignet wäre. Ich habe es ernst genommen, dass auch der Bürgermeister mir mitgeteilt hat, dass das aber aufgrund der Nachbarschaft, der ganzen Situation und dieses sehr kleinen Ortschafts besondere Probleme aufwerfen würde und dass man sich bemühen würde, entsprechende Alternativen zu entwickeln. Auf der einen Seite geht es um Alternativen für die Weiternutzung dieses Hotels. Dafür braucht man einen Investor, der sagt, dass er das Haus gerne als Hotel weiterführen würde. Auf der anderen Seite muss man dann eine andere Unterbringung von Flüchtlingen organisieren.

Wir haben uns zunächst darauf verständigt, dass bis Mitte November entsprechende Lösungen vorgelegt werden sollen. Weil intensive Verhandlungen laufen, hat mich der Bürgermeister ausdrücklich darum gebeten, das noch einmal zu verlängern. Dem habe ich mich nicht verschlossen. Deshalb haben die Beteiligten vor Ort weiter die Möglichkeit, eine entsprechende Lösung zu finden.

Wir wollen hier niemanden in irgendeiner Weise in dieser schwierigen Situation überumpeln. Deshalb nehmen wir Rücksicht auf solche speziellen Situationen vor Ort. Aber ich kann überhaupt nicht erkennen, dass hier ein Zusammenhang besteht mit dem, was dringend auf Bundesebene gelöst werden muss, nämlich dass insgesamt die Zahl, der Neuzugang von Flüchtlingen deutlich reduziert wird. Denn wir können das weder mit diesem einen Hotel noch mit noch so vielen anderen lösen. Wir müssen den gesamten Neuzugang von Flüchtlingen reduzieren. Dafür steht diese Koalition klipp und klar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/36 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen! – Eine Enthaltung aus der AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/56 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/37, 19/38 und 19/57 werden im Anschluss an die heutige Sitzung an den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich gebe jetzt noch die Ergebnisse der Wahlen von heute Vormittag und das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt.

Zunächst zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Neustart für die Energiewende in Bayern – Landtag fordert Bericht von Staatsminister Huber Aiwanger zur Gestaltung der Energiewende in den kommenden fünf Jahren" auf Drucksache 19/35. Mit Ja haben 43, mit Nein 118 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt und wir haben die Gewissheit, dass alle Abgeordneten das neue Abstimmungssystem verstanden haben und dass es funktioniert.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich gebe nun das Ergebnis der Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums bekannt. An der Wahl haben 166 Abgeordnete teilgenommen. Null Stimmen waren ungültig.

Ich beginne mit den Wahlvorschlägen der CSU-Fraktion, und hier zunächst mit den Mitgliedern. Auf den Abgeordneten Steffen Vogel entfielen 142 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 10 Mitglieder des Hohen Hauses. 14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Steffen Vogel zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich werde jetzt noch einige Namen aufrufen. Sie können jedes Mal klatschen; dann dauert es halt ein bisschen länger. Der Fraktionsvorsitzende der CSU schüttelt den Kopf.

Auf den Abgeordneten Alfred Grob entfielen 142 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 10 Mitglieder des Hohen Hauses. 14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Alfred Grob zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Auf den Abgeordneten Holger Dremel entfielen 142 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 11 Mitglieder des Hohen Hauses. 13 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Holger Dremel zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Nun komme ich zu den von der CSU-Fraktion vorgeschlagenen stellvertretenden Mitgliedern.

Auf die Abgeordnete Tanja Schorer-Dremel entfielen 139 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 14 Mitglieder des Hohen Hauses. 13 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Frau Abgeordnete Tanja Schorer-Dremel zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Auf den Abgeordneten Dr. Alexander Dietrich entfielen 141 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 12 Mitglieder des Hohen Hauses. 13 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Dr. Alexander Dietrich zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Auf den Abgeordneten Jürgen Eberwein entfielen 142 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 10 Mitglieder des Hohen Hauses. 14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Jürgen Eberwein zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Wir fahren mit den Wahlvorschlägen der Fraktion FREIE WÄHLER fort, und hier zunächst mit dem Mitglied.

Auf den Abgeordneten Wolfgang Hauber entfielen 139 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 13 Mitglieder des Hohen Hauses. 14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Wolfgang Hauber zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Nun komme ich zu dem von der Fraktion FREIE WÄHLER vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglied.

Auf den Abgeordneten Roland Weigert entfielen 139 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 12 Mitglieder des Hohen Hauses. 15 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Roland Weigert zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Jetzt komme ich zu den Wahlvorschlägen der AfD-Fraktion und beginne auch hier zunächst mit dem Mitglied.

Auf den Abgeordneten Jörg Baumann entfielen 27 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 121 Mitglieder des Hohen Hauses. 18 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit wurde Herr Abgeordneter Jörg Baumann nicht zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Nun komme ich zu dem von der AfD-Fraktion vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglied.

Auf den Abgeordneten Stefan Löw entfielen 25 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 122 Mitglieder des Hohen Hauses. 19 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit wurde Herr Abgeordneter Stefan Löw nicht zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Ich fahre mit den Wahlvorschlägen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort und beginne auch hier zunächst mit dem Mitglied.

Auf die Abgeordnete Katharina Schulze entfielen 114 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 34 Mitglieder des Hohen Hauses. 18 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Frau Abgeordnete Katharina Schulze zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Nun komme ich zu dem von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglied.

Auf den Abgeordneten Florian Siekmann entfielen 111 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 35 Mitglieder des Hohen Hauses. 20 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Florian Siekmann zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Jetzt komme ich zu den Wahlvorschlägen der SPD-Fraktion und beginne wiederum zunächst mit dem Mitglied.

Auf den Abgeordneten Horst Arnold entfielen 132 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 25 Mitglieder des Hohen Hauses. 9 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Horst Arnold zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Zum Abschluss komme ich zu dem von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglied.

Auf die Abgeordnete Katja Weitzel entfielen 128 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 26 Mitglieder des Hohen Hauses. 12 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Frau Abgeordnete Katja Weitzel zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Ich gebe nun das Ergebnis der Wahl der Vertreter des Landtags in den Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bekannt. An der Wahl haben 162 Abgeordnete teilgenommen. Es gab keine ungültigen Stimmen.

Ich beginne mit den Wahlvorschlägen der CSU-Fraktion und hier zunächst mit den Mitgliedern.

Auf Frau Abgeordnete Dr. Ute Eiling-Hütig entfielen 136 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 11 Mitglieder des Hohen Hauses. 15 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Frau Abgeordnete Dr. Ute Eiling-Hütig zum Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Auf den Abgeordneten Andreas Jäckel entfielen 138 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 9 Mitglieder des Hohen Hauses. 15 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Andreas Jäckel zum Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Auf den Abgeordneten Karl Freller entfielen 138 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 10 Mitglieder des Hohen Hauses. 14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Karl Freller zum Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Nun komme ich zu den von der CSU-Fraktion vorgeschlagenen stellvertretenden Mitgliedern.

Auf die Abgeordnete Martina Gießübel entfielen 136 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 10 Mitglieder des Hohen Hauses. 16 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Frau Abgeordnete Martina Gießübel zum stellvertretenden Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Auf den Abgeordneten Dr. Stefan Ebner entfielen 136 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 10 Mitglieder des Hohen Hauses. 16 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Dr. Stefan Ebner zum stellvertretenden Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Auf den Abgeordneten Daniel Artmann entfielen 137 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 9 Mitglieder des Hohen Hauses. 16 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Daniel Artmann zum stellvertretenden Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Wir fahren mit den Wahlvorschlägen der Fraktion FREIE WÄHLER und hier zunächst mit den Mitgliedern fort.

Auf den Abgeordneten Martin Behringer entfielen 135 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 12 Mitglieder des Hohen Hauses. 15 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Martin Behringer zum Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Auf den Abgeordneten Dr. Martin Brunnhuber entfielen 135 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 10 Mitglieder des Hohen Hauses. 17 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Dr. Martin Brunnhuber zum Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Nun komme ich zu den von der Fraktion FREIE WÄHLER vorgeschlagenen stellvertretenden Mitgliedern.

Auf den Abgeordneten Anton Rittel entfielen 136 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 11 Mitglieder des Hohen Hauses. 15 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Damit ist Herr Abgeordneter Anton Rittel zum stellvertretenden Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Auf den Abgeordneten Markus Saller entfielen 135 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 12 Mitglieder des Hohen Hauses. 15 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Markus Saller zum stellvertretenden Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Jetzt komme ich zu den Wahlvorschlägen der AfD-Fraktion und beginne auch hier zunächst mit dem Mitglied.

Auf den Abgeordneten Markus Walbrunn entfielen 31 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 117 Mitglieder des Hohen Hauses. 14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit wurde Herr Abgeordneter Markus Walbrunn nicht zum Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Nun komme ich zu dem von der AfD-Fraktion vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglied.

Auf den Abgeordneten Oskar Atzinger entfielen 29 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 118 Mitglieder des Hohen Hauses. 15 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit wurde Herr Abgeordneter Oskar Atzinger nicht zum stellvertretenden Mitglied im Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt. Wir fahren fort mit den Wahlvorschlägen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Auf die Abgeordnete Gabriele Triebel entfielen 115 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 34 Mitglieder des Hohen Hauses. 13 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Frau Abgeordnete Gabriele Triebel zum Mitglied des Verwaltungsrats gewählt.

Nun komme ich zu dem von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglied.

Auf den Abgeordneten Christian Zwanziger entfielen 121 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 30 Mitglieder des Hohen Hauses. 11 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Abgeordneter Christian Zwanziger zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats gewählt.

Ich komme zu den Wahlvorschlägen der SPD-Fraktion, beginnend mit dem Mitglied.

Auf die Abgeordnete Nicole Bäuml er entfielen 126 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 26 Mitglieder des Hohen Hauses. 10 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Frau Abgeordnete Nicole Bäuml er zum Mitglied des Verwaltungsrats für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Ich komme zu dem von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglied.

Auf die Abgeordnete Dr. Simone Strohmayr entfielen 126 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten 25 Mitglieder des Hohen Hauses. 11 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Frau Dr. Simone Strohmayr zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt.

Ich danke Ihnen für die konzentrierten und engagierten Beratungen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15:41 Uhr)